

Wie ein Virus die Welt zum Straucheln bringt und was es zu tun gilt

Seite 5

Neu-Hohenschönhausens Zentrum soll ökologisch entwickelt werden

Seite 6

Der rot-rot-grüne Mietendeckel ist da – wie geht es weiter?

Seite 8



LICHTENBERGER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Lichtenberg | Ausgabe 2020

Wenn Stadtentwicklung aus der Zeit fällt



Noch ist die Rummelsburger Bucht eine grüne Oase, Foto: Philipp Ahrens

Inhalt

Hier spielt die Musik *Seite 2*

Warum Frauen anscheinend gerade die Welt retten *Seite 3*

Nachhaltige Wirtschaft *Seite 3*

Die Kaskelflut – Ein Kiez säuft ab *Seite 4*

Energiegeladenes Lichtenberg *Seite 4*

Im Schlaf von Lichtenberg nach Brüssel *Seite 5*

In Lichtenberg schlägt das Herz für Tiere *Seite 6*

Die Rummelsburger Bucht ist zu einem beliebten Wohnviertel geworden und der Uferbereich lockt Erholungssuchende. Dass die Rummelsburger Bucht trotzdem seit Jahren für Diskussionsstoff sorgt, liegt hauptsächlich an den letzten noch unbebauten Grundstücken. Seit 26 Jahren lief ein Bebauungsplanverfahren, in dem die Entwicklung der letzten Grundstücke geregelt werden sollte. Mit den Jahren haben sich auf diesen Freiflächen vielfältige und wechselnde Nutzungen etabliert. Kulturorte sind entstanden, Platz für verschiedene Menschen und die Natur. Über fast drei Jahrzehnte ändern sich natürlich die

Bedürfnisse einer Stadt und ihrer Bewohner*innen, die Antwort auf die Frage „Was braucht die Stadt?“ ist heute eine andere als vor Jahren und Jahrzehnten. Das langwierige Verfahren ist dem leider nicht gerecht geworden.

Am 29. April 2019 wurde unter großem Protest aus der Zivilgesellschaft ein Bebauungsplan von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg verabschiedet. Die Verordneten von Bündnis 90/Die Grünen haben geschlossen gegen den Bebauungsplan gestimmt, und das hat gute Gründe.

Fortsetzung auf Seite 2

HALLO LICHTENBERG

Auf dich kommt es an!

Es sind schwere Zeiten. Corona hat unser Leben umgekrempelt, und die Folgen spüren wir bis heute. Wie es jetzt in Lichtenberg, Berlin, Deutschland und Europa weitergeht, kannst auch du beeinflussen. Wir als Partei bieten dir die Möglichkeit, zu diskutieren und mitzuentcheiden. Wie soll unsere Zukunft aussehen? In welcher Gesellschaft wollen wir leben, welche Veränderungen anstoßen? Wie entwickeln wir unsere Demokratie weiter, wie retten wir das Klima und wie können wir Solidarität leben? All das sind Fragen, auf die es Antworten braucht. In dieser Ausgabe beschäftigen sich verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Themen rund um Lichtenberg und zeigen ihre Haltung auf, die alle auf gemeinsamen Grundwerten beruhen: Ökologie, Solidarität und Feminismus. Wir wünschen interessante Momente beim Lesen und freuen uns über Anregungen und Kommentare.

Die Redaktion

Wenn Stadtentwicklung aus der Zeit fällt

Fortsetzung von Seite 1

Denn der nun beschlossene Bebauungsplan besiegelt den Verkauf der bis dahin landeseigenen Grundstücke an private Investor*innen. Ein Sündenfall in einer Zeit, in der öffentliche Flächen rar sind und in der Stadt heftiger denn je über eine progressive Stadtentwicklung diskutiert wird. 2016, noch kurz vor Ende der letzten Legislatur, hat der rot-schwarze Senat den Verkauf der Grundstücke beschlossen. Vollzogen wurde der Eigentümerwechsel mit dem Beschluss des Bebauungsplans durch die BVV. Aber nicht nur der Verkauf an sich ist eine schlechte Entscheidung für Lichtenberg. Auch die zukünftige Nutzung der Grundstücke ist völlig aus der Zeit gefallen. Neben großen Gewerbekomple-

xen entsteht ein Aquarium mit exotischen Tieren, das Hunderttausende von Touristen anlocken soll. Bestehende Wohnhäuser und Werkstätten werden abgerissen, dafür entstehen großteils neue und teure Wohnungen. Für die etablierten Kulturstätten gibt es keinen Platz mehr, und auch die Menschen, die bisher ohne Obdach auf den Flächen gelebt haben, müssen sich einen anderen Ort suchen. Was es auf den Flächen auch nicht geben wird: eine dringend gebrauchte Schule. Eine alternative Planung wurde aus der Zivilgesellschaft heraus entwickelt. Die Initiative „Rumelsburger Bucht für alle“ hat gezeigt, was möglich gewesen wäre, wenn das Bezirksamt den Mut gehabt hätte, die Planungen grundlegend zu aktualisieren. Das Alternativkonzept sieht Platz

für Kultur, kleinteiliges Gewerbe, bezahlbaren Wohnraum und soziale Infrastruktur vor. Dabei verzichtet es auf neue Straßen und lässt mehr Platz für Grünflächen und Stadtnatur. Wir Lichtenberger Bündnisgrünen haben diese alternative Planung immer unterstützt und befürwortet.

Was bleibt jetzt? Wir müssen lernen. Wir müssen bereit sein, uns mit dem Prozess nochmals auseinanderzusetzen, einzusehen, was schief gelaufen ist, und Ideen zu entwickeln, wie es das nächste Mal besser laufen kann. Bebauungsplanverfahren könnten mit einer Art Ablaufdatum versehen werden. Wird das Planverfahren nicht nach einer vorher festgelegten Zeit zum Abschluss gebracht, wird es ohne Ergebnis beendet und muss bei Bedarf ganz neu angefangen

werden. Eine „Schiedsstelle für akute Problemfälle in Stadtentwicklungsprozessen“ könnte dort vermitteln, wo vorangetriebene Planungen nicht auf Akzeptanz bei den Einwohner*innen stoßen. Ein erster Schritt ist bereits gegangen. Der rot-rot-grüne Senat hat Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung verabschiedet. Damit wird Beteiligung einfacher und transparenter, weil deutlich gemacht wird, wann welche Beteiligung möglich ist.



Philipp Ahrens

Hier spielt die Musik

Lichtenbergs Musikschule und ihre Bedeutung



Foto: Alexandra Heimerl

In Lichtenberg verteilen sich die Standorte der Musikschule über den gesamten Bezirk – von Hohenschönhausen, über den Fennpfuhl bis nach Karlshorst. Das Angebot erstreckt sich vom Instrumentalunterricht über das Spielen in Ensembles, Theorieunterricht bis zum Instrumentenkarussell für alle Bürger*innen. Besonders letzteres ermöglicht Kindern den Zugang zu Musikinstrumenten, die zuhause nicht zur Verfügung stehen. Musikschulen bieten auch Leihinstrumente für ein geringes Entgelt an. Diese Möglichkeit ist wichtig, da sonst der Zugang zu Musikinstrumenten stark da-

von abhängt, ob Eltern sich das leisten können.

Ein Instrument zu lernen und zu spielen ist wichtig, es bildet und fördert die Koordinationsfähigkeit und die Vernetzung der Gehirnhälften. In einem Orchester oder Ensemble zu spielen fördert außerdem das Gefühl, gemeinsam etwas zu erreichen. Beim Vorspielen lernen Kinder, etwas von sich vor Anderen preiszugeben, und bekommen dafür Anerkennung und Wertschätzung.

Feste Stellen sind in der Musikschule begrenzt und meist mit Leitungstätigkeiten verbunden. Für Musiker*innen gibt es dadurch fast nur die Möglichkeit,

als Honorarkraft ohne Festanstellung zu arbeiten.

Abhängig von den verfügbaren Ressourcen sind auch die Plätze für neue Schüler*innen begrenzt, deshalb warten viele Menschen auf einen Platz. Der Zugang zu musikalischer Ausbildung sollte stärker gefördert werden. Entsprechende Maßnahmen sollten in allen Bezirksteilen ankommen, besonders auch in Hohenschönhausen.



Alexandra Heimerl

Warum Frauen anscheinend gerade die Welt retten

und sie trotzdem den Männern gehört



Die Corona-Pandemie hat uns innerhalb kürzester Zeit vor Augen geführt, dass Frauen die Welt am Laufen halten – auch bei uns in Lichtenberg. Plötzlich waren sie in aller Munde, doch auch außerhalb von Pandemien wäre unsere Gesellschaft ohne sie nicht funktionsfähig.

In den so genannten systemrelevanten Berufen sind Frauen

viel stärker repräsentiert als Männer. Sie leisten 75 % der unverzichtbaren Arbeit in Pflege, Bildung, Einzelhandel und weiteren schlecht bezahlten Berufen. Das ist kein Zufall: Frauen werden in unserer Gesellschaft systematisch unterdrückt.

12 Milliarden Stunden an unbezahlter Arbeit leisten Frauen und Mädchen täglich auf der ganzen Welt. Das entspricht einem Wert von mindestens 11 Billionen Dollar jährlich. Auch in Deutschland leisten Frauen durchschnittlich 52,8 % mehr unbezahlte Pflegearbeit als Männer – sie kümmern sich um Haushalt, pflegebedürftige Angehörige und Kinder. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle beträgt über 20 %. Lebenslanglich be-

trachtet haben Frauen ein durchschnittlich 45 % niedrigeres Einkommen als Männer.

Gleichzeitig sehen wir viele starke Frauen, die als Anführerinnen für eine gerechte und nachhaltige Zukunft kämpfen: z. B. Greta Thunberg und Luisa Neubauer bei „Fridays for Future“ oder Carola Rackete und Pia Klemp, die im Mittelmeer Geflüchtete retten.

Doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass in mächtigen Positionen und Institutionen noch immer meist Männer die Entscheidungen treffen. Bevor sich daran etwas ändert, werden Frauen gesamtgesellschaftlich niemals denselben Einfluss haben. Jahrhundertealte patriarchale Strukturen lassen

sich nicht allein durch bejubelte Frauen an der Spitze von Bewegungen oder Applaus für Pflegekräfte aufbrechen. Dafür braucht es eine internationale Bewegung von Frauen, die sich ihren gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft erkämpfen.

Wir Bündnisgrünen hier in Lichtenberg sind dazu bereit – denn wie unser Motto schon immer lautet: „Die Hälfte der Macht den Frauen!“. Und seid euch sicher, wir werden sie uns erkämpfen.



Jette Nietzard

Nachhaltige Wirtschaft

Besser für die Welt und in Krisenzeiten

Die außergewöhnlichen Umstände zeigen uns deutlich, dass unserem Wirtschaftssystem wichtige Eigenschaften für Krisenzeiten fehlen: Widerstandsfähigkeit und Flexibilität. Können Produktionsstrecken von Kleidung zügig umfunktioniert werden, um Masken zu produzieren? Ist der Transport der Masken schnell genug? Unsere globalen Lieferketten werden auf harte Proben gestellt. Von ihrem Funktionieren hängen Menschenleben ab.

Der Fokus geht weg vom Wachstum auf das Überleben von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Zurückgeworfen auf das Nötigste fragt man sich, ob wir nach der

Krise wirklich zurück in die „alte Normalität“ wollen. Wir Bündnisgrünen wollen das nicht. Globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sollen die Maximen des Neustarts werden. Konjunkturprogramme müssen zwingend klare Klimaschutzvorgaben enthalten, damit Unternehmen Planungssicherheit und Verlässlichkeit politischer Entscheidungen spüren. Ein Zurück hinter die Beschlüsse von Paris wäre ein Schlag ins Gesicht aller, die ihre Unternehmen bereits umstrukturieren, investieren und Ressourcen schonen. Wieso keine Unterstützung bei der Umstellung der Produktion auf „on demand“ oder beim Aufbau von

geschlossenen Stoffkreisläufen? Die Kreislaufwirtschaft bietet hier die Chance für die benötigte Widerstandskraft, wenn man bei einbrechender Nachfrage die Produktion herunterfahren muss.

Das Lichtenberger Unternehmen Ökotopia zeigt, wie nachhaltiges und faires Wirtschaften aussehen kann. 2019 gewann es den Unternehmenspreis des Bezirkes. Ökotopia bezieht Kräuter für seine Teemischungen vorwiegend von regionalen Anbieter*innen, zudem stammen alle Rohstoffe aus zertifizierter ökologischer Landwirtschaft. Ganz im Sinne des nachhaltigen Wirtschaftens arbeitet das Unternehmen mit

Kaffee- und Teeproduzent*innen im globalen Süden zusammen und stützt sich dabei auf eine eigene Handelsethik. Die Produzent*innen werden fair bezahlt, es gibt langfristige Handelsbeziehungen und man begegnet sich auf Augenhöhe.

Wir haben jetzt die Chance zu zeigen, dass nur eine nachhaltige Wirtschaft unsere Zukunft und die unserer Kinder sichert. Ökotopia geht hier als Lichtenberger Leuchtturm voran.



Stephanie Stockklauser

Die Kaskelflut – Ein Kiez säuft ab

Die Bewohner des Kaskelkieses sind einiges gewohnt. Der Kiez hat sich über die Jahre stark gewandelt, mit allen positiven und negativen Seiten so einer Entwicklung. Auf diese schöne Nachbarschaft ging in der Nacht zum 11. Juni 2019 ein mittlerweile unter dem Namen „Kaskelflut“ bekanntes Unwetter nieder. Dieses setzte nicht nur Straßen unter Wasser, sondern flutete auch Keller, Wohnungen und Geschäfte. Eine Kita musste ihre Räume dauerhaft aufgeben, eine andere teilweise umziehen. Die Schäden von Eisladen, sozialem Träger und eines Ladens für Lastenräder gingen in die Hunderttausende. Der durch die BSR entsorgte Sperrmüll summierte sich auf 19 Tonnen.

Die Gründe für die Überflutung liegen einerseits unterirdisch: Unter der Pfarrstraße verläuft der einstige Wasserlauf und jetzt ausbetonierte Rusche-

graben, der Regenwasser aus einem 560 Hektar großen Gebiet Lichtenbergs in die Rummelsburger Bucht leitet. Er ist zwei Meter hoch und 3,60 Meter breit und hat nur ein sanftes Gefälle, was Probleme verursacht. Andererseits wird durch die starke Nachverdichtung des Viertels der Abfluss des Wassers verhindert. Zudem nehmen klimawandelbedingte Starkregen in ihrer Häufigkeit zu.

Da sich die Anwohner weder informiert noch unterstützt fühlten, organisierten sie sich selbst. Es gab ein Nachbarschaftspicknick und mehrere Infoveranstaltungen. Zur Enttäuschung der Anwesenden nahm an den Treffen keiner der eingeladenen Stadträte teil.

Das Ergebnis bleibt ernüchternd: Finanzielle Unterstützung wurde zwar vielen Anwohner*innen schnell und unbürokratisch gewährt. Andere müssen aber



Ein gefluteter Hausflur in der Pfarrstraße zeigt das Ausmaß der Flut
Foto: Ralf Gerlich

lange warten, und die Gewerbetreibenden sitzen immer noch auf ihren Kosten. Noch wichtiger wäre es, eine Wiederholung der Katastrophe zu verhindern. Doch die für die Kanalisation zuständigen Wasserbetriebe empfahlen lediglich, die Keller durch Verstärkung der Kellerfenster und Haustüren zu schützen. Und da auch das Bezirksamt keine Hil-

festellung leistet, bleibt den Bewohner*innen nur, auf die nächste Kaskelflut zu warten.



Fabio Reinhardt

Energiegeladenes Lichtenberg

Bei der Energiewende geht's voran

Berlin hat sich in Sachen Klimaschutz hohe Ziele gesteckt. Mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm wurde ein Weg aufgezeigt, wie wir bis spätestens 2050 klimaneutral sein können. Dazu gehört auch, die Energiewende in der Stadt voranzubringen, denn diese findet schon lang nicht mehr nur in Brandenburg statt. Berlin will deswegen 25 % seines Strombedarfs aus Solarstrom von den eigenen Dächern decken. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Berliner Stadtwerke.

Auf Landesebene hat der rot-rot-grüne Senat vor drei Jahren die Berliner Stadtwerke endlich

von seinen Fesseln befreit. Seitdem sind sie der starke Partner, den wir Bündnisgrünen uns für eine ökologische, soziale und demokratische Energieversorgung wünschen. Mit den Stadtwerken bringen wir PV-Anlagen auf die Dächer – egal ob Schule oder Wohnhaus. Etwas mehr als ein Drittel aller seit 2016 in Berlin errichteten Solaranlagen stammen von unseren grünen Stadtwerken.

Auch in Lichtenberg wurden schon mehrere Projekte umgesetzt. Auf dem Oberstufenzentrum Max Taut wurde eine Anlage von 370 kWp installiert. Diese liefert rund 315 Mega-

wattstunden im Jahr. Die Schule am Fennpfuhl deckt 67 % ihres Eigenbedarfes mit der eigenen Anlage ab. Weitere Installationen auf der Karlshorster Schule, der Bernhard-Grzimek-Schule, der Carl-von-Linné-Schule sowie der Brodowin-Grundschule sollen 221 kWp produzieren.

Wo die Statik die Nutzung von Erneuerbaren zulässt, müssen wir Sonnenenergie für uns nutzbar machen. Dies gilt insbesondere für Neubauten. Als erste Partei haben wir Bündnisgrünen eine Solarpflicht für alle Neubauten gefordert. Unsere bündnisgrüne Energiesenatorin bereitet derzeit ein Gesetz dazu

vor. Mit dem Masterplan Solarcity haben wir noch vieles vor. Erneuerbare in Schulen machen die Energiewende für Schüler*innen erlebbar, und auf Wohnhäusern können Mieter*innen mithilfe von Mieterstrommodellen den Strom vom eigenen Dach nutzen und dabei Geld sparen.



Stefan Taschner,
Mitglied des
Abgeordneten-
hauses

Im Schlaf von Lichtenberg nach Brüssel



Europa mit dem Nachtzug verbinden,
ist mehr als Züge fahren zu lassen
Foto: Hannah Neumann

Wer schon einmal am Bahnhof Lichtenberg auf eine S-Bahn gewartet hat, hat sicher am anderen Ende der Gleise einen besonderen Zug bemerkt, rot-weiß lackiert und mit einer eleganten Schnauze. Dieser Zug war einst ein Vorzeigemodell der Deutschen Reichsbahn der DDR – er erinnert uns an Zeiten, in denen Reisen auf der Schiene durchaus in

Mode war und schneller als alles andere. Gleichzeitig waren solche Reisen aber oft den wenigen vorbehalten, die eine Erlaubnis für Auslandsaufenthalte hatten.

Grenzen sind für uns in Europa – dem Schengenraum sei Dank – inzwischen keine Hindernisse mehr und auch regelmäßige Reisen können sich immer mehr Menschen leisten. Doch leider haben auf internationalen Strecken Flugzeuge den Eisenbahnverkehr längst ausgebootet. Das ist aus Verbraucher*innen-sicht verständlich, denn dank unfairer Steuerentlastung auf Kosten des Schienenverkehrs ist das Fliegen oft die billigste Variante. Für die Umwelt aber ist es ein echtes Problem.

Immer mehr Reisende möchten auf das klimaschädliche Fliegen verzichten und würden, wenn es denn Alternativen gäbe,

gerne wieder bequem nachts auf der Schiene reisen – das zeigt nicht zuletzt der Erfolg der Österreichischen Bundesbahnen in der Nachtzugsparte. Geschäftsreisende wiederum, die konstant mehr als zwei Drittel des Flugverkehrs ausmachen, müssten sich nicht mehr zwischen Klimaschaden und weniger Zeit mit der Familie entscheiden.

Auch ich habe diese Entscheidung öfters als mir lieb ist treffen müssen. Dabei könnte es so einfach sein: sich abends von der Familie verabschieden, mit der S-Bahn von Lichtenberg zum Hauptbahnhof fahren und morgens gut ausgeruht in Brüssel aufwachen. Deshalb habe ich mich im letzten Herbst zusammen mit anderen Europaabgeordneten an die Bundesregierung gewandt und eine klimaneutrale deutsche EU-Ratspräsidentschaft

gefordert: durch die Wiedereinführung des Nachtzugs Berlin-Brüssel.

Wenn diesen Sommer Deutschland den EU-Ratsvorsitz übernimmt, werden viele Menschen zwischen Berlin und Brüssel hin- und herpendeln. Ein Nachtzug von Hauptstadt zu Hauptstadt wäre ein gebührender Wiedereinstieg der Deutschen Bahn in den Nachtzugverkehr. Eingefärbt im Blau und Gelb der Europafahne wäre er ein Zeichen dafür, dass wir es ernst damit meinen, auch unseren eigenen CO₂-Abdruck zu reduzieren.



Hannah Neumann, Mitglied des Europäischen Parlaments

Wie ein Virus die Welt zum Straucheln bringt und was es zu tun gilt

Die globale Corona-Pandemie fordert drastische Einschränkungen von jeder/m, bis hin zur gesundheitlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Existenzbedrohung. Die Politik trägt nun die Verantwortung: Wir müssen Menschenleben schützen und gleichzeitig die negativen Folgen dieser Einschränkungen dämpfen.

Grundrechte wurden drastisch beschränkt, häusliche Gewalt steigt, rassistische Übergriffe nehmen zu. Kinderschutz kommt zu kurz und Menschen vereinsamen. Bereits vor Corona hatten wir ein gravierendes Schulplatzproblem. Zu wenige Räume und Lehrkräfte – das rächt sich mit Corona dramatisch.

Deshalb brauchen wir Indikatoren, an denen wir Lockdown oder Lockerungen messen können. Deswegen fordern wir Bündnisgrünen einen Expert*innenrat, der den Senat berät. Es heißt so oft, in jeder Krise liege eine Chance. Die Krise zeigt uns, worauf es im Wesentlichen ankommt: auf Anerkennung, Gerechtigkeit und gleiche Löhne und ein Programm gegen Rassismus und Hass. Dafür braucht es eine starke offene Gesellschaft, in der Menschen- und Bürgerrechte konsequent verteidigt werden. Es braucht eine soziale Stadtpolitik, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen ermöglicht. Und wir wollen niemanden zurücklassen

– nicht in Berlin und nicht an den europäischen Grenzen. Corona bereitet den Menschen ähnlich große Sorgen wie die Klimakrise, das zeigen Studien. Deshalb müssen wir staatliche Hilfen an ökologische Bedingungen knüpfen.

Radverkehr und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sind gerade in Zeiten von Corona Lebensadern Berlins: Daher entstehen neue Pop-Up-Radwege und neue temporäre Spielstraßen. Es darf aber nicht sein, dass die Autoindustrie jetzt Milliardenkredite bekommt und der ÖPNV als Verlierer aus der Krise hervorgeht. Im Gegenteil: Wir müssen den Nahverkehr sichern und auch ausbauen.

Das Corona-Virus hat nicht nur eine Gesundheitskrise ausgelöst; die wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden uns noch lange begleiten. Unsere Aufgabe ist es, Berlin krisenfest und fit für die Zukunft zu machen.



Antje Kapek, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Vorsitzende der Grünen Fraktion Berlin

Neu-Hohenschönhausens Zentrum soll ökologisch entwickelt werden



Dort, wo das Herz Hohenschönhausens schlagen sollte, ist bisher das große Nichts
Foto: Robert Pohle

Eine riesige Stellplatzanlage prägt seit Jahrzehnten das in Folge des politischen Umbruchs 1989 städtebaulich unvollendete Zentrum Neu-Hohenschönhausens. Diese Lücke klafft zwischen Regionalbahnhof und Prerower Platz wie eine nicht heilen wollende Wunde. Die Voraussetzungen, den Ort zum Pulsieren zu bringen, sind dabei günstig: Es besteht u. a. ein

Bedarf an Wohnungen, Gastronomie und Ateliers. Das Bezirksamt möchte neue Räume für die Anna-Seghers-Bibliothek und Veranstaltungen schaffen. Die meisten Grundstücke befinden sich im Eigentum des Landes Berlin. Das Gebiet ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut erschlossen. Es gibt ein starkes Interesse an der Behebung des städtebau-

lichen Missstands. Dennoch: Bis die Nutzungen gelingen, werden infolge einer gescheiterten Liegenschaftspolitik weitere Jahre vergehen. Das Bezirksamt erarbeitet nun ein Nutzungsleitbild, auf dessen Basis ein städtebaulicher Wettbewerb ausgelobt und später ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll.

Zum Erfolg fehlen u. a. ein Bekenntnis des Senats, das Gebiet städtebaulich zu entwickeln, sowie ein Finanzierungs- und ein ökologisches Gesamtkonzept für die angedachte Bebauung.

Die Verantwortung für künftige Generationen verlangt von uns wirksame Maßnahmen zur Entschleunigung des Klimawandels und zur Anpassung an dessen Folgen. Wir können ihr im Konkreten gerecht werden, indem wir das Zentrum Neu-Hohenschönhausens ökologisch entwickeln. Das erfordert eine ganzheitliche Betrachtungsweise, die bei der Planung ansetzt, Umnutzungen

ressourcenschonend ermöglicht und bereits jetzt an die Wiederverwertung der Baustoffe am Ende des Lebenszyklus der Gebäude denkt. Die Normen des vom Bund angewandten Bewertungssystems für Nachhaltiges Bauen gelten bislang nur für bestimmte Neubauten des Landes Berlin. Wir bündnisgrünen Abgeordneten streben daher an, Land und Bezirk bei der Vollendung des Zentrums Neu-Hohenschönhausens auf eine hohe ökologische Qualität zu verpflichten.



Robert Pohle,
Bezirksverordneter

In Lichtenberg schlägt das Herz für Tiere

Berlins Herz für Tiere schlägt in Lichtenberg. Unser Bezirk beherbergt nicht nur das größte und modernste Tierheim Europas, sondern auch die Berliner Tiertafel. Letztere sorgt dafür, dass finanzielle Not kein Grund ist, sich vom Haustier trennen zu müssen. Die Tiertafel sammelt vor allem Futter, um dieses an Tierhalter*innen weiterzugeben (eine Futtersammelstelle befindet sich übrigens in unserem bündnisgrünen Kreisbüro!). Beide Verei-

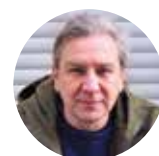
ne kümmern sich liebevoll und mit viel Einsatzbereitschaft um die plüschigen und gefiederten Schützlinge und ebenfalls um ihre Halter*innen.

Doch Tierschutz hat viele Facetten. In diesem Jahr setzen wir endlich eines der wichtigsten Projekte um: das Tierschutz-Verbandsklagegesetz. Damit geben wir Berlins Tieren endlich eine hörbar juristische Stimme. Anerkannte Tierschutzorganisationen können nun im Namen der Tiere

gerichtliche Überprüfungen von möglichen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz einfordern.

Per Widerspruch und Anfechtungsklage können Tierschutzorganisationen gegen behördliche Maßnahmen vorgehen, wenn diese gegen tierschutzrelevante Vorschriften verstoßen. Darüber hinaus können Behörden mit so genannten Verpflichtungsklagen verpflichtet werden, gegen tierschutzwidriges Verhalten vorzugehen. Und zu guter Letzt kann

mithilfe von Feststellungsklagen gegen unnötiges Tierleid in Tierversuchen und gegen deren Genehmigungen geklagt werden. Auf Initiative unseres bündnisgrünen Tierschutzsenators ist Berlin hier ganz weit vorne.



Stefan Taschner,
Mitglied des Abgeordnetenhaus

LOCAL
HEROESTER
MINE

Wie steht es um den Fahrradverkehr in Lichtenberg

Stefan Taschner fragt bei Malte Preuß vom Netzwerk Fahrradfreundliches Lichtenberg nach



So geschützt wie hier, könnten Radfahrer*innen auch in Lichtenberg unterwegs sein, Foto: Philipp Ahrens

Wo stehen wir in Lichtenberg in Sachen Fahrradverkehr, auch im Vergleich zu anderen Bezirken?

Malte Preuß: Lichtenberg steht im Vergleich zu anderen Bezirken eher im unteren Mittelfeld – da sind andere Bezirke ambitionierter. Hier werden vor allem bestehende Radwege erneuert, aber die große Verkehrswende ist das nicht. Bei progressiven Planungen wie dem geschützten Radweg in der Siegfriedstraße habe ich den Bezirk bisher eher als Bremsers wahrgenommen.

Seit Februar ist Martin Schäfer (CDU) neuer für den Radverkehr zuständiger Stadtrat. Welchen Eindruck habt ihr von ihm?

Malte Preuß: Wir haben ihn schon ein paarmal erlebt, aber abschließend einschätzen kann ich ihn noch nicht. Mein erster Eindruck ist, dass er versucht, sich möglichst nicht festzulegen, und ich befürchte, dass wir mit ihm eher keine gerechtere Verteilung der Verkehrsfläche

zugunsten des Umweltverbundes erleben werden.

In Zeiten von Corona bekommt Fahrradverkehr in Berlin noch einmal eine viel stärkere Bedeutung, in einigen Bezirken sind so genannte Pop-Up-Bikelanes entstanden. Wie bewertest du diese Entwicklung?

Malte Preuß: Ja, wir sehen deutlich, dass der Autoverkehr ab- und der Fahrradverkehr zunimmt. Pop-Up-Bikelanes sind auch in Lichtenberg notwendig. Und es gibt im gesamten Bezirk Straßen, die sich dafür eignen – von Hohenschönhausen bis Karlshorst. Aber auch ohne Corona sieht das Mobilitätsgesetz die Einrichtung von temporären Radwegen vor, das sollte auch das Bezirksamt Lichtenberg nutzen.



Stefan Taschner,
Mitglied des
Abgeordnetenhauses

Termine & Infos

Wir sind der Kreisverband Lichtenberg der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Über 250 Menschen aus Lichtenberg sind bei uns Mitglied und möchten gemeinsam über verschiedene Themen diskutieren, Positionen finden, bei Entscheidungen mitbestimmen und Lichtenberg ökologischer, solidarischer und feministischer machen. Unsere Treffen sind in der Regel öffentlich und Gäste herzlich willkommen. Wir freuen uns darauf, dich kennen zu lernen.

Mitgliederversammlung

Wir treffen uns einmal im Monat, um uns zusammen über ein Thema zu informieren und auszutauschen. Dafür laden wir in der Regel Gäste ein: aus der Partei, aber auch immer wieder aus der Zivilgesellschaft. Manchmal werden auch Beschlüsse gefasst oder es finden Wahlen statt.

In unseren **Arbeitsgruppen** diskutieren wir fachbezogene Themen, entwickeln Lösungen und planen Aktionen. Immer mit Bezug zu Lichtenberg und den Menschen im Bezirk.

- AG Fahrrad
- AG Frauen und Feminismus
- AG Mobilität und Stadtentwicklung
- AG Offene Gesellschaft
- AG Umwelt
- AG 2021

Alle aktuellen **Termine** findest du auf unserer Webseite: www.gruene-lichtenberg.de.

Folge uns auch auf Facebook, Twitter und Instagram.

Per Mail erreichst du uns unter info@gruene-lichtenberg.de.

Oder du besuchst uns in unserer **Geschäftsstelle** in der **Münsterlandstraße 33**.

Impressum

**Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Lichtenberg**

Redaktionsadresse
Lichtenberger Stachel
Bündnis 90/
Die Grünen Lichtenberg
Münsterlandstraße 33
10317 Berlin

V.i.S.d.P.
Philipp Ahrens

**Mitarbeiter*innen
dieser Ausgabe**
Alexandra Heimerl, Antje Kappek, Detlef Wilske, Fabio Reinhardt, Hannah Neumann, Jette Nietzard, Katrin Schmidberger, Philipp Ahrens, Robert Pohle, Stefan Taschner, Stephanie Stockklauser

Druck
Hans Gottschalk
Druck & Medien GmbH
Wilhelm-Kabus-Straße 43
10829 Berlin

Auflage 2.000

Gestaltung & Layout
Ulrike Cymek

Kreisvorsitzende
Andrea Nakoinz
Philipp Ahrens

Internet
www.gruene-lichtenberg.de

Mail
info@gruene-lichtenberg.de

Der rot-rot-grüne Mietendeckel ist da – wie geht es weiter?

Ende Januar wurde der Mietendeckel für Berlin final beschlossen, seit dem 23. Februar gilt er nun. Was sollten Mieter*innen jetzt beachten?

Schon lange galoppieren die Mieten den Einkommen davon und verschärfen die soziale Spaltung unserer Stadt. Dagegen ziehen wir mit dem Mietendeckel die Notbremse. Wir frieren die Mieten in Berlin zunächst ein und verschaffen so 1,5 Millionen Haushalten eine Atempause. Stichtag dafür war der 18. Juni 2019. Ab dem 24. November mussten Vermieter*innen sogar gegebenenfalls die Mieten senken. Seit dem 23. Februar gilt der Deckel zusätzlich für alle Neuvermietungen.

Bis Ende April mussten alle Vermieter*innen die betroffenen Mieter*innen über die rechtlich zulässige Höchstmiete informieren. So lange die Corona-Krise anhält, werden Vermieter*innen aber nicht bestraft, wenn die Information auf Grund der Umstände noch nicht weitergegeben wurde. Daher sollten Mieter*innen zunächst mit den Vermieter*innen in Kontakt treten, wenn die rechtlich zulässige Miete geklärt werden muss. Übrigens wird in den Bezirken Personal eingestellt, damit Bürger*innen bei Bedarf beraten und unterstützt werden können. Auch Lichtenberg stellt gerade neues Personal dafür ein. Denn klar ist: Ein Gesetz kann nur so gut wirken, wie es umgesetzt wird. Daher spielen die Mieter*innen durch Hinweise bei Missstand eine zentrale Rolle.

Bisher scheint der Mietendeckel in der Praxis von den meisten Vermieter*innen auch eingehalten zu werden. Allerdings zeigen sich schon erste Fälle, den Deckel zu umgehen. Ebenso gibt es viele Neuvermietungsverträge, die Vereinbarungen unter-



Foto: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

schiedlichster Art enthalten, z.B. solche, die die Mietzahlungsansprüche für den Fall der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes sichern wollen. Es gibt auch Versuche, durch Nutzungs- oder Gewerbemietverträge durch das Raster zu fallen. Jedoch ist ein Wohnmietraum nun einmal ein Wohnraum, der in der Regel unter den Mietendeckel fällt. Es spielt keine Rolle, wenn Vermieter*innen dieses Mietverhältnis anders benennen. Dies alles sind Versuche, Mieter*innen einzuschüchtern. Der Mietendeckel ist jedoch ein Verbotsgesetz, d.h., es ist verboten, höhere Mieten zu verlangen als nach dem Gesetz zulässig. Wer sich nicht daran hält, riskiert eine Geldstrafe von bis zu 500.000 Euro. Wenn Vermieter*innen keine Mietsenkung ankündigen, sollten Mieter*innen also prüfen, ob eine

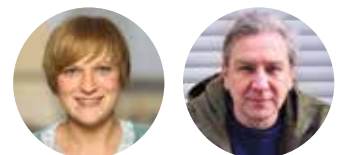
Absenkung laut Mietendeckel möglich ist.

Dass der Mietendeckel auch juristisch massiv angegriffen wird, war zu erwarten. Ein gutes Signal ist daher die bisherige Rechtsprechung, denn in der großen Mehrheit bestätigen die Amtsgerichte den Mietendeckel. Letztlich wird aber das Bundesverfassungsgericht in etwa einem Jahr final entscheiden.

Mit dem Mietendeckel betreten wir juristisches Neuland. Deshalb mussten wir gut abwägen, welches Modell gleichzeitig sozial und fair, aber auch umsetzbar und rechtssicher ist. Wir können nicht garantieren, dass das Gesetz vor Gericht bestehen wird – aber wir sind sehr zuversichtlich. Und wir sind überzeugt, dass wir diese Chance für die Berliner*innen nutzen müssen. Denn viele wissen schon heute

nicht mehr, wie sie ihre Miete bezahlen sollen. Umso wichtiger ist es jetzt, dass sich alle Mieter*innen gut informieren und bei Bedarf eine kostenfreie Mieterberatung in den Bezirken in Anspruch nehmen. Denn der Mietendeckel kann nur wirkungsvoll sein, wenn die Berliner*innen ihn auch nutzen.

Weitere Informationen sind hier zu finden:
www.mietendeckel.berlin.de



Katrin Schmidberger, Stefan Taschner, Mitglieder des Abgeordnetenhauses